

**Landesarbeitsgemeinschaft Gemeinsam leben -
gemeinsam lernen Baden-Württemberg e.V.**

c/o Claudia Heizmann
Richard-Wagner-Str. 2, 76185 Karlsruhe
claudiaheizmann@googlemail.com



**Elterninitiative Rhein – Neckar
Gemeinsam leben – gemeinsam lernen e.V.**

Für Gleichstellung und Teilhabe in allen
Lebensbereichen
c/o Kirsten Ehrhardt
Erich-Kästner-Str. 9, 69190 Walldorf
kirsten-ehrhardt@web.de

Karlsruhe/Walldorf, 20.11.2011

Frau
Gabriele Warminski-Leitheußer
Ministerium für Kultus, Jugend und Sport
Postfach 10 34 42
70029 Stuttgart

OFFENER BRIEF

Sehr geehrte Frau Warminski-Leitheußer,

im folgenden möchten wir Sie auf eine Entwicklung in Ihrem Hause hinweisen, die uns zutiefst beunruhigt und Sie bitten, diese eingeschlagene Richtung möglichst schnell zu korrigieren.

Neue Landesregierung auf Inklusions-Irrweg!

Die neue Landesregierung plant mit der Einrichtung von Schwerpunktschulen, die punktuell in Baden-Württemberg entstehen sollen, das Thema "Inklusion" abzuhaken - kostengünstig und ohne das gegliederte Schulsystem mitsamt seinen Sonderschulen in Frage zu stellen. Dies halten wir Eltern für einen fatalen Irrweg.

Anstatt im Sinne der UN-Behindertenrechtskonvention (BRK) den Kindern mit Behinderungen zu ermöglichen, wie alle anderen Kinder der Stadt oder der Gemeinde **wohnnah** zur Schule zu gehen, sollen Kinder mit Handicap weiterhin mit Bussen hin- und hergefahren werden zu den sog. „inkluisiven Schwerpunktschulen“.

Das heißt nichts anderes als: Unsere Kinder mit Behinderungen bleiben wieder "außen vor" und können nicht gemeinsam mit ihren Freunden zur Schule gehen. Baden-Württemberg entwickelt sein Schulsystem nicht inklusiv, sondern fügt seinen neun (!) Sonderschularten noch eine zehnte Sonder-Schule hinzu: Die Schwerpunktschule.

Die neue Landesregierung will so den Weg des geringsten Widerstandes gehen: Das Ganze scheint finanzierbar, ohne das bestehende Sonderschulsystem ernsthaft in Frage zu stellen und ohne die starke Sonderschulobby ernsthaft zu verärgern.

Politikwechsel sieht anders aus! Von der Oppositionsbank war es einfach, ein inklusives Schulsystem zu fordern. Es jetzt wirklich umzusetzen, dafür fehlt anscheinend auch heute der politische Wille in der grün-roten Stuttgarter Landesregierung – oder der Mut.

Uns Eltern geht es nicht darum, dass unsere Kinder mit irgendwelchen nichtbehinderten Kindern irgendwo zur Schule gehen dürfen, sondern darum, dass sie selbstverständlich vor Ort dazu gehören - in den örtlichen Schulgemeinschaften, und zwar in allen Schulen und in allen Schulformen. Nur das ist "Inklusion".

Mit freundlichen Grüßen
Claudia Heizmann und Kirsten Ehrhardt